

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 16. und 17. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 17. November und Freitag, dem 18. November 2016

### 1. Abgeordnete

Hans Jürgen Noss und  
Michael Hüttner (SPD)

#### Razzia gegen Islamistennetzwerk

Die Polizei ist am 15. November 2016 mit einer groß angelegten Razzia in zehn Bundesländern gegen mutmaßliche Unterstützer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ vorgegangen, auch in Rheinland-Pfalz.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was war der Grund für die Razzia?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung schon über die Ergebnisse vor?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Rolle der Vereinigung „Die wahre Religion (DWR)“ in Rheinland-Pfalz?
4. Welche präventiven Maßnahmen verfolgt die Landesregierung im Bereich der Islamismusprävention?

### 2. Abgeordnete

Michael Wäschenbach und  
Hedi Thelen (CDU)

#### Konsequenzen aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Mainz gegen den MDK Rheinland-Pfalz

Der MDK Rheinland-Pfalz ist jetzt erneut vor Gericht mit einer personellen Entscheidung, hier gegen die Vorsitzende des Personalrats, unterlegen. Neben dem finanziellen Schaden, den letztlich die Versicherten zu tragen haben, ist auch die volle Arbeitsfähigkeit des MDK durch die fortdauernden internen Querelen und Prozesse stark eingeschränkt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung angesichts des aktuellen Urteils nunmehr bereit, den unwirtschaftlichen Umgang mit Versichertengeldern durch personelle Entscheidungen des MDK Rheinland-Pfalz als Aufsichtsbehörde zu unterbinden?
2. Ist die Landesregierung angesichts des aktuellen Gerichtsurteils nunmehr bereit, eine Sonderprüfung des MDK Rheinland-Pfalz zu veranlassen, um das Gesamtausmaß des unwirtschaftlichen Umgangs mit seinen Mitteln im Zusammenhang mit Kündigungen und entsprechender Rechtsstreitigkeiten zu dokumentieren?
3. Ist die Landesregierung angesichts des aktuellen Urteils nunmehr bereit, ihre bisherige Definition ihrer aufsichtlichen Aufgaben zu korrigieren?
4. Inwieweit stimmt die Landesregierung der im Rechnungshofbericht aus 2005 zum Landesprüfamt (Drucksache 14/4810) enthaltenen Aussage zu, dass der Prüfung der Wirtschaftlichkeit besondere Bedeutung beizumessen ist und eine beratende Prüfung darauf abzielen müsse, eine Änderung unwirtschaftlichen Verhaltens herbeizuführen?

---

Die Mündliche Anfrage Nr. 8 ist fristgerecht für die 17. Plenarsitzung am 18. November 2016 eingegangen.

**3. Abgeordneter****Martin Louis Schmidt (AfD)****Schändungen von Gefallenendenkmälern durch Linksradikale**

Im Vorfeld des Volkstrauertages kam es auch in diesem Jahr wieder zu Schändungen deutscher Gefallenendenkmäler des Ersten und Zweiten Weltkrieges durch Angehörige linksradikaler sogenannter „Antifa“-Gruppen. Zu den Schauplätzen dieser Beschmierungen oder andersgearteten Beschädigungen gehörten auch Orte in Rheinland-Pfalz wie das Mahnmal „Feld des Jammers“ in Bretzenheim. Die Taten standen vielfach unter den auf einschlägigen Netzseiten wie indymedia ausgegebenen deutschfeindlichen Parolen wie „Nie wieder Deutschland!“ oder „Gegen das deutsche Tätervolk!“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche zahlenmäßigen Erkenntnisse liegen zu solchen Vorfällen für den Herbst 2016 in Rheinland-Pfalz vor?
2. An welchen Orten kam es wann zu Schändungen deutscher Gefallenendenkmäler?
3. Wie sieht die quantitative Entwicklung im Vergleich zu den Jahren 2013, 2014 und 2015 aus?
4. In wie vielen Fällen konnten Täter ermittelt werden?

**4. Abgeordneter****Marco Weber (FDP)****Zuckerrüben**

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen des Wegfalls der EU-Zuckermarktregulierung auf den Zuckerrübenanbau in Rheinland-Pfalz?

**5. Abgeordnete****Jutta Blatzheim-Roegler  
und Andreas Hartenfels  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Gewässerschonende Landwirtschaft**

Am Donnerstag, den 27. Oktober 2016 unterzeichnete Umweltministerin Ulrike Höfken eine Kooperationsvereinbarung zur gewässerschonenden Bewirtschaftung im Erweiterungsgebiet des Wasser- und Bodenverbandes Beregnung Vorderpfalz. Im Rahmen der Kooperation wird die landwirtschaftliche Beregnungsfläche in der Vorderpfalz stark ausgedehnt und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zu ökologischen Verbesserungen in der Region geleistet. Das von der EU eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik wegen der mangelhaften Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie unterstreicht noch einmal, dass Maßnahmen zum Schutz unserer Gewässer dringend notwendig sind. Der kooperative Ansatz der gewässerschonenden Landwirtschaft bietet hier wichtige Optionen, um den Gewässerschutz gemeinsam mit der Landwirtschaft und dem Weinbau voranzubringen und so Strafzahlungen durch die Europäische Union zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen wird die unterzeichnete Kooperationsvereinbarung aller Voraussicht nach auf die Entwicklung des Wasserkörpers und die Produktivität der Landwirtschaft in der Region haben, insbesondere in Hinsicht auf die europäische Wasserrahmenrichtlinie?
2. Welche konkreten Teilprojekte zur ökologischen Aufwertung in der Region sind mit der Kooperationsvereinbarung verbunden?
3. Welche weiteren Vorhaben sind in Rheinland-Pfalz nach Meinung der Landesregierung im Rahmen des Programms „Gewässerschonende Landwirtschaft“ weiterhin notwendig und wie werden diese finanziert?
4. Welche Konsequenzen drohen, wenn die EU mit ihrer Klage gegen die Bundesrepublik Erfolg hat?

**6. Abgeordnete****Anke Beilstein und  
Gerd Schreiner (CDU)****Weiterleitung der Bundesmittel an die rheinland-pfälzischen Kommunen**

Hinsichtlich des Transferweges über den Umsatzsteueranteil der Länder hat die Landesregierung gemäß Presse-Information vom 7. Oktober 2016 mitgeteilt:

„Die rheinland-pfälzischen Kommunen werden nach dem Ergebnis des Gesprächs auch von den 48 Millionen Euro, die ans Land fließen, profitieren. Hierzu gehen die Mehreinnahmen des Landes Rheinland-Pfalz von 48 Millionen Euro mit dem regulären Verbundsatz von 21 Prozent in den kommunalen Finanzausgleich ein, sodass die Kommunen einen Anteil von 10 Millionen Euro erhalten werden.“

Bei der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 16. Juni 2016 wurde der Transferweg für die im Koalitionsvertrag vorgesehene Entlastung der Kommunen um 5 Milliarden Euro ab 2018 festgelegt:

1. Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer zulasten des Bundes um 2,4 Milliarden Euro. Der Anteil des Landes Rheinland-Pfalz beträgt 96,9 Millionen Euro.
2. Aufstockung der Bundesbeteiligung an den KdU zulasten des Bundes um 1,6 Milliarden Euro. Der Anteil des Landes Rheinland-Pfalz beträgt 53,7 Millionen Euro.
3. Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder zulasten des Bundes um 1 Milliarden Euro. Der Anteil des Landes Rheinland-Pfalz beträgt in diesem Fall 49,4 Millionen Euro.

Wir fragen die Landesregierung:

1. 5 Milliarden Euro des Bundes sind eindeutig deklariert als Entlastung der Kommunen. Wieso leitet das Land die Mehreinnahmen nicht vollständig an die Kommunen weiter?
2. Warum wurde der Verbundsatz (21 Prozent) als Parameter zur Weiterleitung eines Teils der Mittel gewählt?
3. Was unternimmt das Land, damit die Kommunen nicht durch immer weiter steigende Soziallasten in eine weitere und extremere Verschuldung geraten?
4. Wie erklärt sich das Land, dass gerade die Liquiditätskredite (sogenannte „Kassenkredite“) bei den Kommunen im Land deutlich höher ausfallen als in fast allen anderen Bundesländern?

**7. Abgeordnete****Heike Scharfenberger und  
Martin Haller (SPD)****70-jähriges Jubiläum und Bundesratsvorsitz**

2017 ist ein besonderes Jahr für Rheinland-Pfalz. Am 1. November 2016 hat Rheinland-Pfalz unter dem Motto „Zusammen sind wir Deutschland“ den Vorsitz im Bundesrat übernommen und Ministerpräsidentin Malu Dreyer ist zur Bundesratspräsidentin gewählt worden. Zudem jährt sich am 18. Mai 2017 die Verabschiedung der rheinland-pfälzischen Landesverfassung zum 70. Mal.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche politischen Schwerpunkte werden für die Zeit des Vorsitzes im Bundesrat seitens der Landesregierung gesetzt?
2. Mit welchen Initiativen und Veranstaltungen würdigt die Landesregierung das 70-jährige Verfassungsjubiläum?
3. Wie präsentiert sich das Land Rheinland-Pfalz, das über die Mainzer Republik und das Hambacher Fest in besonderer Weise mit der Deutschen Demokratiegeschichte verbunden ist, im Jahr der rheinland-pfälzischen Bundesratspräsidentschaft und am Fest zum Tag der Deutschen Einheit in Mainz 2017?

**8. Abgeordnete**  
**Dr. Sylvia Groß (AfD)**

**Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Gesundheitskosten für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung nach § 264 Absatz 1 SGB V in Verbindung mit §§ 1, 1 a Asylbewerberleistungsgesetz in Rheinland-Pfalz**

Seit dem Abschluss sind neun Monate vergangen. In ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage Drucksache 17/895 teilte die Landesregierung unter dem 21. September 2016 mit, dass zum Stichtag 1. September 2016 noch keine Kommune der Rahmenvereinbarung beigetreten sei. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Landkreise bzw. kreisfreie Städte sind der Rahmenvereinbarung zwischenzeitlich beigetreten oder beabsichtigen dies nach Kenntnis der Landesregierung in unmittelbarer Zukunft zu tun?
2. Was sind nach Kenntnis der Landesregierung die Gründe dafür, dass bisher wenige oder keine Landkreise bzw. kreisfreie Städte der Rahmenvereinbarung beigetreten sind, wenn es durch diese doch, so zumindest die Ausführungen im Sozialpolitischen Ausschuss vom 16. Februar diesen Jahres, zu Einsparungen in der Verwaltung kommt?
3. Sind für den Fall, dass auch künftig keine oder nur wenige Landkreise und kreisfreie Städte der Rahmenvereinbarung beitreten sollten, Maßnahmen der Landesregierung geplant, um die Bereitschaft zum Beitritt zu erhöhen?

**9. Abgeordneter**  
**Marco Weber (FDP)**

**Digitalisierung in der Landwirtschaft und im Weinbau**

Die Digitalisierung hat für die Landesregierung in Rheinland-Pfalz eine herausragende Bedeutung. Auch in der Landwirtschaft und im Weinbau greift der digitale Fortschritt. Daraus ergeben sich enorme Chancen. Die schnelle Verarbeitung großer Datensätze ist die Voraussetzung, um einen verbesserten Ressourceneinsatz und damit auch einen effizienteren Umweltschutz umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche politischen Weichenstellungen sind erforderlich, um bestmöglich Chancen der Digitalisierung zu nutzen und Risiken zu verringern?
2. Welche politischen Weichenstellungen sind dazu in Rheinland-Pfalz erforderlich?
3. Gibt es bereits politische Ansätze und Strategien, um die Landwirte und Winzer in Rheinland-Pfalz auf dem rasanten Weg in die Landwirtschaft und den Weinbau 4.0 zu unterstützen und ihnen den Zugang zur Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten in diesem Bereich zu erleichtern?

**10. Abgeordneter**  
**Andreas Hartenfels**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Weltklimakonferenz in Marrakesch – Konsequenzen für Rheinland-Pfalz**

Vom 7. bis 18. November 2016 findet die Klimakonferenz in Marrakesch statt. Mit der Teilnahme von Umweltministerin Ulrike Höfken ist auch Rheinland-Pfalz auf der Weltklimakonferenz in Marrakesch vertreten. Parallel zur Klimakonferenz einigte sich das Bundeskabinett am 11. November 2016 nach zähen Verhandlungen, den Klimaschutzplan 2050 für Deutschland zu verabschieden. Vor allem in den Bereichen Energie- und Landwirtschaft sowie im Verkehrssektor hatte es bis zuletzt Schwierigkeiten gegeben, eine Einigung zu erzielen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Ergebnisse erhofft sich die Landesregierung von der Weltklimakonferenz in Marrakesch?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die konkreten Inhalte des deutschen Klimaschutzplans vor?
3. Welche umwelt- und wirtschaftspolitischen Folgewirkungen sind für Rheinland-Pfalz durch den Klimaschutzplan zu erwarten?
4. Welche begleitenden Maßnahmen startet die Landesregierung Rheinland-Pfalz, um den Klimaschutzplan zum Erfolg zu führen?

- 11. Abgeordnete**  
**Matthias Lammert und**  
**Dirk Herber (CDU)**
- Urlaubssperre für die rheinland-pfälzische Polizei im Jahr 2017**
- Nach Aussagen der Gewerkschaft der Polizei hat die Landesregierung vom 30. September bis 4. Oktober 2017 eine Urlaubssperre für die rheinland-pfälzische Polizei verhängt. Begründet wurde diese Entscheidung angeblich mit den erhöhten Sicherheitsvorkehrungen für die in Mainz stattfindenden Festlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Inwieweit ist die Verhängung dieser Urlaubssperre auch durch die angespannte Personalsituation bei der rheinland-pfälzischen Polizei bedingt?
  2. Welche weiteren Großveranstaltungen finden nach bisheriger Kenntnis der Landesregierung im kommenden Jahr in Rheinland-Pfalz statt bzw. werden durch die Mithilfe rheinland-pfälzischer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit unterstützt?
  3. Kann die Landesregierung mit Sicherheit ausschließen, dass für die in Frage 2 genannten Großveranstaltungen ebenfalls Urlaubssperren für die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten verhängt werden?
  4. Wie hat sich die Zahl der Überstunden bei der rheinland-pfälzischen Polizei in den Jahren 2012, 2013, 2014, 2015 und 2016 (Stand 1. November 2016) entwickelt?
- 12. Abgeordnete**  
**Dr. Denis Alt und**  
**Alexander Fuhr (SPD)**
- Pläne für ein Amazon-Logistikzentrum in Frankenthal**
- Amazon hat Anfang November seine Pläne für ein weiteres Logistikzentrum in Frankenthal vorgestellt. Dort sollen nach Unternehmensangaben innerhalb von zwölf Monaten nach der geplanten Inbetriebnahme Ende 2017 mindestens 1 000 Arbeitsplätze in der Region entstehen.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie bewertet die Landesregierung die Ansiedlung von Amazon in Frankenthal?
  2. Wie wirken sich nach Information der Landesregierung vergleichbare Ansiedlungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Standorte und die Beschäftigung aus?
  3. Welche Maßnahmen zur Realisierung der Ansiedlung werden von der Landesregierung begleitet?
- 13. Abgeordneter**  
**Marco Weber (FDP)**
- Reduzierung der Schwarzwildbestände in Rheinland-Pfalz**
- Ich frage die Landesregierung:
- Gibt es aktuelle Handlungsempfehlungen zur Reduzierung überhöhter Schwarzwildbestände besonders vor dem Hintergrund des vom Schwarzwild ausgehenden Tierseuchenrisikos?
- 14. Abgeordnete**  
**Christian Baldauf und**  
**Gordon Schnieder (CDU)**
- Verkauf von Grohmann Engineering**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie bewertet die rheinland-pfälzische Landesregierung den Verkauf von Grohmann Engineering an den US-Hersteller Tesla im Hinblick auf Zukunftstechnologien in Rheinland-Pfalz?
  2. Welche Auswirkungen hat dies nach Einschätzung der Landesregierung für die heimische Automobil- und Zulieferindustrie?
  3. Welche Anstrengungen unternimmt die Landesregierung, um die Kenntnisse in Spitzentechnologien für die heimischen Unternehmen zu sichern?
  4. Welche Anstrengungen unternimmt die Landesregierung, um hochqualifizierte Fachkräfte auch für Unternehmen im ländlichen Raum zu gewinnen?

**15. Abgeordnete**

**Dr. Tanja Machalet und  
Kathrin Anklam-Trapp  
(SPD)**

**Reform der Pflegeberufe**

Das im Januar 2016 vom Bundeskabinett gebilligte Gesetz zur Reform der Pflegeberufe definiert als Ziele die Schaffung einer generalistischen beruflichen Pflegeausbildung, die die bisherigen nach Altersgruppen gegliederten drei Pflegeausbildungen (Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflege) in einem Berufsbild zusammenfasst sowie die Neuschaffung einer akademischen Pflegeausbildung.

Die Skepsis in der Unionsfraktion im Bundestag gegenüber der von der Bundesregierung geplanten Reform der Pflegeberufe hat zu zahlreichen Appellen an die Union geführt, das Gesetzesvorhaben nicht weiter zu blockieren. Ganz aktuell fordert Andreas Westerfellhaus, der Präsident des Deutschen Pflegerates, als auch der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Peter Neher, in Presseartikeln von Anfang November 2016 auf, den Weg frei zu machen für die generalisierte Ausbildung und werden dabei vom Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (CDU), unterstützt.

Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der aktuelle Stand des Gesetzgebungsverfahrens auf Bundesebene?
2. Wie ist die Haltung der Landesregierung zu dem Gesetzentwurf, insbesondere zur generalistischen beruflichen sowie zur akademischen Pflegeausbildung?
3. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der aktuelle Stand des Rechtssetzungsverfahrens zu einer Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die beiden neuen Pflegeberufe (generalistisch berufliche und akademische Pflegeausbildung)?
4. Wie ist dazu die Haltung der Landesregierung?

**16. Abgeordnete**

**Helga Lerch (FDP)**

**Positive Entwicklung von Ganztagschulen mit rhythmisiertem Konzept**

Am 28. Oktober 2016 hat die Kultusministerkonferenz den IQB-Bildungstrend 2015 vorgestellt. Vor diesem Hintergrund möchten wir Ganztagschulen mit rhythmisiertem Konzept beleuchten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Ganztagschulen mit rhythmisiertem Konzept gibt es in Rheinland-Pfalz?
2. Was zeichnet das rhythmisierte Konzept aus?
3. Wie unterstützt die Landesregierung Schulen auf dem Weg zur rhythmisierten Ganztagschule?

**17. Abgeordnete**

**Pia Schellhammer  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Veröffentlichung von Gutachten und Studien auf Grundlage des Transparenzgesetzes**

Seit dem 1. Januar 2016 ist das Landstransparenzgesetz in Kraft. Gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 8 LTranspG unterliegen Gutachten und Studien, soweit sie von Behörden in Auftrag gegeben wurden, in Entscheidungen der Behörden eingeflossen sind oder ihrer Vorbereitung dienen, der Veröffentlichungspflicht auf der Transparenzplattform. Das Gesetz sieht in § 26 LTranspG allerdings Übergangsregelungen vor, sodass noch keine Veröffentlichung von Gutachten und Studien erfolgen kann.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wann ist mit einer Veröffentlichung von Gutachten und Studien auf der Transparenzplattform zu rechnen?
2. Inwiefern wird die neue Gesetzeslage schon bei der Beauftragung von Gutachten und Studien im Hinblick auf eine zeitnahe Veröffentlichung berücksichtigt?
3. Wie wird die Landesregierung die gesetzlichen Vorgaben in Bezug auf die Veröffentlichung von Gutachten und Studien in Zukunft umsetzen?

**18. Abgeordnete****Bettina Brück und  
Astrid Schmitt (SPD)****Schule digital – Der Länderindikator 2016**

Die Untersuchung „Schule digital – Der Länderindikator 2016“ der Deutschen Telekom Stiftung vom 10. November 2016 liefert länderbezogene Informationen zur aktuellen Situation der digitalen Bildung in Deutschland. Basis dieser Studie ist eine repräsentative Befragung von 1 210 Lehrkräften weiterführender Schulen, die erfragt, wie Lehrer digitale Medien im Unterrichtszusammenhang nutzen und bewerten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie schneidet Rheinland-Pfalz in der Studie im Vergleich zu anderen Ländern ab?
2. Wie bewertet die Landesregierung das Abschneiden der rheinland-pfälzischen Schulen?
3. Welche Schwerpunkte legt die Landesregierung in der Weiterentwicklung der Medienkompetenz?

**19. Abgeordneter****Marco Weber (FDP)****Cross Compliance – Nachsicht bei kleinen Fehlern**

Das Konzept des „sanktionsfreien Fehlers“ im Bereich der Cross Compliance stand im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU-Länder aktuell zur Debatte.

Ich frage die Landesregierung:

Sieht die Landesregierung im CC-Bereich realistische Möglichkeiten, die Landwirte von kleinen Sanktionen freizustellen und demzufolge nicht zu sanktionieren?

**20. Abgeordnete****Jutta Blatzheim-Roegler  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Brückenbauwerk an der B 255 bei Niederahr**

Nach übereinstimmender Medienberichterstattung hat es bei der Umsetzung der neuen Umgehungsstraße bei Niederahr im Verlauf der B 255 eine Fehlplanung gegeben. Die Stellung der Pfeiler einer neuen Eisenbahnbrücke sorgt dafür, dass der ursprünglich geplante vierspurige Verlauf der B 255 nicht zu realisieren ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Kann die Landesregierung den von den Medien dargestellten Sachverhalt, wonach der ursprünglich geplante vierspurige Verlauf der B 255 bei Niederahr nicht umsetzbar ist, bestätigen?
2. Was sind die Gründe, die zu dieser Entwicklung geführt haben?
3. Ist es technisch möglich, die angedachte Vierspurigkeit doch noch herbeizuführen?
4. Welche Auswirkungen hätte eine Zweispurigkeit in diesem Bereich auf den Verkehrsfluss der B 255?

